

## **Antrag**

**der Abg. Hans Dieter Scheerer und Alena Trauschel u. a. FDP/DVP**

### **Wirtschaftliche Verflechtung von Baden-Württemberg mit der Volksrepublik China**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich von 2010 bis 2020 die Importe von China nach Baden-Württemberg sowie die Exporte von Baden-Württemberg nach China entwickelt haben (bitte differenziert nach Jahren angeben sowie in absoluten Summen sowie in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);
2. wie sich ebenso von 2010 bis 2020 die Importe und Exporte mit den (neben China) jeweils drei wichtigsten weiteren Handelspartnern entwickelt haben (bitte wieder differenziert nach Jahren und den jeweils drei Ländern angeben sowie in absoluten Summen und in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);
3. wie sich der Verlauf von Direktinvestitionen in den letzten zehn Jahren – aus der Volksrepublik nach Baden-Württemberg und umgekehrt – entwickelt hat (bitte nach Jahren differenziert angeben, insgesamt sowie wenn möglich aufgeschlüsselt für die Branchen Automobilindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau, Information und Kommunikation, Chemie);
4. wie viele sogenannte „Mergers & Acquisitions“ Geschäfte mit chinesischer Beteiligung im Zeitraum von 2018 bis heute (2021) im Land Baden-Württemberg erfasst wurden (bitte differenziert nach Jahren angeben);
5. ob bekannt ist, wie viele Auslandsniederlassungen baden-württembergische Unternehmen aktuell in der Volksrepublik China betreiben, und wenn ja, wie viele das sind;
6. wie sie – insbesondere im Hinblick auf die Unternehmen in Baden-Württemberg – die aktuelle Situation bewertet, dass die VR China nur sehr wenige Visa an Europäer vergibt und im Gegenzug die Europäische Union nur sehr wenige Visa an Chinesinnen und Chinesen vergibt;
7. welche Risiken die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt wirtschaftliche Verflechtung darin sieht, dass beinahe ein Sechstel (15,85%) des gesamten Kraftwagen- und Kraftwagenteileexports von Baden-Württemberg an die Volksrepublik China geht (Stand 2020);
8. wie die Landesregierung die Risiken für die Wirtschaft in Baden-Württemberg dadurch bewertet, dass sich die beiden wichtigsten Handelspartner des Landes (namentlich die USA und die Volksrepublik China) seit 2018 in einer Auseinandersetzung (mancher Perspektive nach auch in einem Handelskonflikt bis -krieg) befinden und wie sie bei einer Verschärfung dieser Auseinandersetzung (z.B. erweiterte Strafzölle, Boykotte) die Interessen des Landes sicherstellen würde;
9. inwiefern das baden-württembergische Wirtschaftsministerium den „CNBW Bericht 2021“ des China Netzwerks Baden-Württemberg unterstützt hat und welche Schlussfolgerungen sie aus den Ergebnissen gezogen hat;
10. wie hoch sie die Wettbewerbsherausforderungen ausgehend vom 14. Fünfjahresplan der Kommunistischen Partei Chinas (bei diesem sollen unter anderem die Binnenwirtschaft und der Binnenkonsum Chinas gestärkt werden, um das Land unabhängiger vom Ausland zu machen) für baden-württembergische Unternehmen sieht;
11. ob sie diesbezüglich eigene Strategien verfolgt, um die Wirtschaft in Baden-Württemberg unabhängiger von der Wirtschaft Chinas zu machen und wenn ja, welche;
12. wie sie Berichte bewertet, dass ausländische Firmen innerhalb der Volksrepublik dazu verpflichtet werden, Kooperationen mit chinesischen Partnern zu betreiben und es unter anderem zu erzwungenen Technologietransfer komme, und welche Gegenmaßnahmen sie gegebenenfalls ergreift;
13. inwiefern Baden-Württemberg International (bw-i), mit seiner Repräsentanz in Nanjing, baden-württembergische Unternehmen auch zur Sicherung ihrer Interessen, Souveränität und Intellectual Property bei Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China berät;

14. wie die Landesregierung das bisher noch nicht ratifizierte Investitionsprogramm „Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI) der Europäischen Union mit der Volksrepublik China bewertet, welche Bedeutung sie dem Abkommen für das Land Baden-Württemberg zuspricht und inwiefern sie sich politisch für dessen Umsetzung oder Nicht-Umsetzung einsetzt;
15. ob die Landesregierung einen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und moralischer Verantwortung gegenüber dem Handelspartner China und der dortigen Einhaltung freiheitlicher Rechte (Stichworte: Uiguren, Hong Kong, Pressefreiheit) sieht und wenn ja, wie dieser aussieht;

15.12.2021 Scheerer, Trauschel, Reith, Dr. Schweickert, Birnstock, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Haußmann, Heitlinger, Dr. Jung, Dr. Kern, Dr. Rülke, Weinmann FDP/DVP

Begründung:

Die Volksrepublik China ist, gemessen am BIP, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass Unternehmen ein enormes Interesse daran haben, ihre Produkte auf diesen Markt zu bringen. Dies gilt natürlich auch für Unternehmen aus Baden-Württemberg, für die China bereits heute eine starke Bedeutung hat und diese zukünftig zunehmen dürfte.

Dieser Handelspartner zeichnet sich aber auch, abgesehen von der schieren Größe seines Marktes, durch ein anderes politisches und wirtschaftliches System aus. Merkmal sind u.a. Planwirtschaft im Fünfjahresrhythmus, einer Verflechtung von Einparteienregierung mit ansässigen Unternehmen und einem mitunter mindestens autoritär zu nennendem Verhalten gegenüber Teilen seiner Bevölkerung. Ebenso ist der chinesische Markt zunehmend geprägt von einem Konkurrenz- und Wettbewerbsverhältnis mit den USA, welches auch Auswirkungen auf die internationale (Handels-)Politik haben kann.

Vor diesem Hintergrund geht der Antrag den Fragen nach der Souveränität von baden-württembergischen Unternehmen, der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Baden-Württemberg mit der Volksrepublik China und der Bewertung möglicher Zielkonflikte in Bezug auf die Handelsbeziehungen mit diesem Partner nach.